



# Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 1 37. Jahrgang März 1993

## 60 Jahre nach Beginn der Hitlerdiktatur

30. Januar 1933 - 30. Januar 1993

Die Mahn- und Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Beginns der Nazi - Diktatur, mit Verleihung der Johanna Kirchner - Medaille an 30 Frauen und Männer des Widerstandes, fand am 30. Januar 1993 in der traditionsreichen Frankfurter Paulskirche statt.

Oberbürgermeister Andreas von Schöler eröffnete die Feier in der überfüllten Paulskirche. Er wandte sich gegen den Begriff "Machtergreifung". Die Nationalsozialisten haben damals nicht die Macht "ergriffen", sie sei ihnen vom Reichspräsidenten Hindenburg angetragen worden. Es sei eine "Machtübergabe" gewesen. Der Oberbürgermeister sagte ferner: "Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung erwies sich durchaus als völlig blind, um sich bedingungslos den neuen Machthabern mit ihren großzügigen Versprechungen zu unterwerfen". Diese Mehrheit erwies sich leider nicht als demokratisch. An die Adresse der zu Ehrenden gewandt: "Es gab auch Sie, die Minderheit, die sich unter Gefahr für Leib und Leben der permanenten Verletzung der Menschenrechte widersetzte".

Der 30. Januar 1933 war nicht ein Blitzschlag, sondern eine Etappe auf einem langen verhängnisvollen Weg. Als unser Reichsbanner 1926 in Magdeburg gegründet wurde und mit der Eisernen Front 3 1/2 Millionen Mitglieder hatte, war die Weimarer Republik nach dem verlorenen Weltkrieg eine Republik mit einer demokratischen Minderheit. Leider waren es zu wenige echte aufrechte Demokraten. Daran allein ist die Weimarer Republik gescheitert. Die Brandfackel des Bürgerkrieges ist mehr als einmal gegen alle demokratischen Einrichtungen geschleudert worden. Die demokratischen Persönlichkeiten wurden mit Mord bedroht. Erzberger, Rathenau fielen durch Mörderhand. Unser erster Reichspräsident, Friedrich Ebert wurde von Republikfeinden verleumdet, und er hatte mit Prozessen der alten monarchistischen Justiz zu kämpfen, bis er einer schweren Krankheit erlag und ein neuer Reichspräsident gewählt werden mußte.

In dieser Zeit der Unruhen wurde unser Reichsbanner ins Leben gerufen. In der Erkenntnis, daß die Republik nur durch Republikaner zu Macht und Ansehen gebracht werden kann, verlangte damals das Reichsbanner die Besetzung aller wichtigen Ämter, insbesondere der Verwaltung, Schule, Justiz, Wehrmacht und Polizei mit Republikanern. Mit dem Willen, der jungen deutschen Republik zu dienen, ihr in allen Fällen beizustehen und sie gegen SA, SS, Stahlhelm und andere Republikfeinde zu schützen, ist damals unser Reichsbanner und Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer gegründet worden.

Die große Arbeitslosigkeit, die Last der Reparationszahlungen an die Siegermächte, Inflation und die Weltwirtschaftskrise waren der Nährboden der Nationalsozialisten. Das Volk war verzweifelt, verarmt und unterlag den Lügenparolen der Volksverhetzer. Hinzu kam noch, daß die Reichswehr noch monarchistisch beherrscht wurde. Trotzdem waren wir als Reichsbanner bereit, dagegen anzukämpfen, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern.

Nach dem Reichstagsbrand und dem Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 begann die erbarmungslose Diktatur Hitlers und seine Kriegsvorbereitungen. Die mutige Rede am 23. März 1933 im Reichstag von Otto Wels, dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, im Angesicht der gegnerischen Übermacht bekam historischen Wert. Seine Rede endete: "Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!"

Nun begann der staatlich sanktionierte Terror gegen jeden, der sich den neuen Herren offen oder verdeckt in den Weg stellte. Verhaftungen ohne richterlichen Haftbefehl, Folterungen, zahlreiche wilde KZ - Lager, Berufsverbot, Boykott jüdischer Geschäfte, Bücherverbrennungen, Sondergerichte, staatliche Morde in unendlicher Zahl, das war die damalige Situation. Unsere

Wahlparole "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg" sollte sich mit dem von Hitler vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieg bewahrheiten. Über 55 Millionen Tote, Deutschland in Trümmern und Not, Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat und Hunger und Elend, das war das Erbe der Nazi - Diktatur.

Dies waren die politischen Hintergründe der Reden in der Paulskirche. Prof. Grosser aus Paris ging in seiner Rede darauf ein und sagte: "Viel Positives kann man aus den Jahren 1933 bis 1945 lernen. 1933 habe jeder an sich gedacht. Freiheit sei nicht, heute das Gegenteil dessen zu tun, was wir gestern taten. Der Inbegriff der Freiheit sei es, wahrzunehmen, was der andere denkt, wobei immer der Leidende der Verfolgte sei". Grosser warnt: "Jedesmal, wenn wir im anderen nicht den Nächsten sehen, wenn wir gegenüber dem, der mehr hat, nicht den vorziehen, der weniger hat - helfen wir den Skinheads."

Professor Dr. Eberhard Jäckel, Stuttgart, erklärte in seiner mehr philosophischen Rede: "Die Erinnerung ist eine Waffe aus der Vergangenheit, mit der wir rechtsextremen Erscheinungen entgegentreten können. Mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus und dem Argument, die Rechtsextremen seien neue Nazis, habe man 1969 die NPD aus dem Bundestag heraushalten können. Damit können wir auch verhindern, daß Rechtsextreme 1994 in den Bundestag oder andere Parlamente einziehen. Die Erinnerung, die allerdings wahr und genau sein müsse, sei ein Korrektiv, Fehler nicht noch einmal zu begehen". Es ist zu hoffen, daß alle aufrechten Demokraten zur Wahl gehen und Republikfeinde nicht mehr in die Parlamente kommen.

Zum 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 rief zur Feier in der Paulskirche ihre Glocke, um Bürger des Widerstandes zu ehren, weil, so unterstrich drinnen der Oberbürgermeister, "Ihr Beispiel uns Nachgeborenen Mut machen kann. Mut, für jene Vielfältigkeit einzutreten, die die Demokratie verlangt; Mut, für unsere Andersgläubigen, eine andere Sprache sprechenden, andersfarbigen Nachbarn und für die in unser Land kommenden Flüchtlinge einzustehen, wenn sie attackiert werden".

Zum Abschluß der Gedenkfeier nahm der Oberbürgermeister die Ehrung der 30 Bürgerinnen und Bürger vor, die wegen ihrer Arbeit im Widerstand verfolgt worden waren. Er sagte: "Ich verneige mich vor Ihrem Beispiel". Dann übergab er den meist Hochbetagten die Medaille mit Urkunde, die den Namen der 1944 hingerichteten Widerständlerin Johanna Kirchner trägt. Ferner sagte er: "Wir leben in einer Zeit, in der demokratisches Engagement, beherztes Eintreten für Humanität und Civilcourage wieder stärker gefordert seien".

Es war eine würdige Feier in der Frankfurter Paulskirche und dürfte alle zum Nachdenken anregen.

*Alfred Körner*

## **Aufruf des Reichsbanner Schwarz - Rot - Gold zur Kommunalwahl in Hessen**

6.000 rechtsextreme Überfälle und 23 rechtsextremistische Morde müssen die Demokraten wachrütteln.

**Der Terror von rechts  
will unseren Staat aushöhlen.**

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme waren schon einmal der Anfang vom Ende einer deutschen Republik und führten zum Zweiten Weltkrieg. Wachsende Arbeitslosigkeit, zunehmender Wohnungsmangel und vermehrte Armut müssen endlich von der Regierung entschlossen bekämpft werden.

Die demokratischen Parteien, Verbände und Vereine sind aufgefordert, unsere Verfassung, die den Schutz von Menschen und Gegenständen vorsieht, zu verteidigen und über die Differenzen hinweg die ökonomischen und sozialen Probleme gemeinsam anzugehen.

Von jedem einzelnen Bürger muß erwartet werden, daß er couragiert den Schwachen, Erniedrigten und Beleidigten zur Seite steht.

**Die Würde des Menschen ist unantastbar  
- die Würde aller Menschen!**

**Diesmal schauen ganz Deutschland und das Ausland  
auf die Kommunalwahlen in Hessen.**

**Diese Wahlen haben Signalwirkung.**

**Es ist die einzige Wahl 1993, bei der die Bürger den  
Rechtsextremisten mit dem Wahlzettel eine Abfuhr  
erteilen können.**

Die Gewalt rüttelt an unserem Gemeinwesen, reißt Gräben auf, wo Brücken geschlagen werden müssen.

**Die Saat der Gewalt wird nicht aufgehen,  
wenn wir mutig dagegen antreten.  
Seid dazu bereit!**

**Die Politik findet in den Parlamenten statt. Wir  
Demokraten müssen durch unser aktives Wahlrecht  
dafür sorgen, daß nur Demokraten in die Parlamen-  
te einziehen. Rechtsextremistische Parteien haben in  
einer Demokratie nichts in den Parlamenten zu su-  
chen.**

Wir müssen durch unser Wahlverhalten die demokratischen Parteien stärken.

**Wer nicht zur Wahl geht,  
stärkt die radikalen Minderheiten.**

Durch die Wahl demokratischer Parteien in der Kommunalwahl 1993 müssen die extremistischen Rattenfänger isoliert werden.

Die scheinheilige, verlogene Propaganda der Republikaner unter Schönhuber und der Volksunion mit Dr. Frey, dem Herausgeber der Nationalzeitung mit ihrer Hetzpropaganda, die unfähige NPD sowie alle rechtsextremen Wählerschaften, tragen als Schreibtischtäter dazu bei, daß sich das Klima der Gewalt weiter aufheizt. Die Sympathie und Achtung, die wir mühsam im Ausland erreicht haben, ist durch sie gefährdet.

Aufgrund der bitteren Erfahrung von 1932/33, fordern gerade wir als Reichsbanner die Politiker auf, entschlossen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Die Bürger sind aufgefordert, persönlich die Verfassung zu schützen und durch die Wahrnehmung

des Wahlrechtes und die Wahl demokratischer Parteien, den rechtsextremen Kräften die Basis zu entziehen.

**Geht alle zur Kommunalwahl am 7. März!  
Wählt demokratische,  
nicht extremistische Parteien!  
Die falscheste Wahl ist, nicht zu wählen.  
Also wählt, um Eure Zukunft zu sichern!**

*Anmerkung der Redaktion: Dieser Aufruf wurde in 60.000 Exemplaren in Hessen verteilt. Wir danken allen, die daran mitgewirkt haben.*

## Kommentar

### Gedanken zum Prozeß gegen Erich Honecker

Als Opfer des SED - Unrechts - Staates habe ich mir meine eigenen Gedanken zum Prozeß gegen Erich Honecker, gegen die Mauerschützen und gegen Richter und Staatsanwälte der ehemaligen DDR gemacht. Ich begrüße es ausdrücklich, daß diese Prozesse stattfinden und nach rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführt werden. Wenn jedoch meine Gedanken ca. 60 Jahre zurückschweifen, dann kommen mir bittere Gedanken. Damals wurde das von Hitler und seinen vielen Gefolgsleuten zugefügte Unrecht nicht bzw. kaum gesühnt. Den vielen Opfern des Nazi - Regimes wurde auch nachträglich keine Gerechtigkeit zuteil.

Niemand kann heute ernsthaft leugnen, daß in der Weimarer Republik die Justiz auf dem rechten Auge erhebliche Sehstörungen aufwies. Umso betrüblicher ist es, daß dies auch in der Bundesrepublik so war. Es ist mir durchaus bewußt, daß im SED - Staat viel, sehr viel Unrecht geschehen ist, denn ich habe dies am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Ich finde auch, daß das BGH - Urteil zum zweiten Mauerschützenprozeß durchaus in Ordnung geht, daß die verurteilten 18- bis 22 - jährigen Soldaten erkennen mußten, daß sie in Ausübung des Schießbefehls gegen übergeordnetes Völkerrecht verstießen. Doch nicht nur für mich, sondern auch für jeden rechtlich denkenden Bürger ist es nicht nachvollziehbar, daß kein einziger NS - Richter in der Bundesrepublik schuldig gesprochen wurde, Nazigesetze angewandt zu haben. In ihrer Herrenmenschenmentalität haben sie ja "Recht" mit "gesundem Volksempfinden" gegen die "ehrlose Gesinnung" der Angeklagten gesprochen. Selbst das Blutschutzgesetz und der ehemalige Euthanasie - Befehl Hitlers waren in den Augen bundesdeutscher Richter kein Grund, diese Nazi - Richter, die nach diesen Gesetzen Unrecht gesprochen haben, zu verurteilen. Nach Ansicht dieser bundesdeutschen Richter haben die Nazi - Richter das damalige Unrecht als Gesetz verstanden und danach folgerichtig geurteilt.

Da ist es wirklich ein riesengroßer Fortschritt, daß der Bundesgerichtshof jetzt einfachen Grenzsoldaten der ehemaligen DDR zumutet, daß sie geltendes DDR - Gesetz als Unrecht hätten erkennen müssen. Selbst ein Richter des Hitler'schen Volksgerichtshofes, der an über 200 Todesurteilen mitgewirkt hat, wurde in den fünfziger Jahren vom BGH freigesprochen. Diesem Richter wurde vom BGH zugute gehalten, daß er sich so mit der Hitler - Diktatur identifiziert habe und somit kein Unrechtsbewußtsein empfinden konnte!!! Welch ein Fortschritt, daß Honecker und den anderen Angeklagten aus der ehemaligen DDR regelmäßig Unrechtsbewußtsein unterstellt wird.

Auch die gesetzlich mögliche Unterscheidung zwischen Tätern und Gehilfen wurde bei der Abrechnung mit der Nazi - Vergangenheit und bei der Bewältigung des DDR - Unrechtes sehr unterschiedlich gehandhabt. Während Angeklagte aus der ehemaligen DDR regelmäßig als Täter eingestuft und deshalb zu Recht hart bestraft werden können, war dies bei Tätern aus der Nazizeit leider nicht der Fall. So wurde im Majdanek - Prozeß selbst der damalige stellvertretende Lagerkommandant lediglich als Gehilfe eingestuft. Die Unterlassungen bei der Verfolgung von NS - Unrecht gingen sogar soweit, daß dem Stellvertreter von Heydrich, Werner Best, überhaupt kein Prozeß gemacht wurde. Selbst der Personalchef des NS - Sicherheitsamtes, Bruno Streckenbach, konnte unangeklagt sterben. Auch im Ausschwitz - Prozeß wurden von ca. 6.000 KZ - Wächtern lediglich ganze 20 angeklagt.

Natürlich will ich mit diesen Ausführungen nicht sagen, daß man auf die Ahndung von DDR - Unrecht verzichten soll, ganz im Gegenteil. Ich will mit diesen Beispielen nur meine Behauptungen untermauern, daß nicht nur die Justiz in der Weimarer Republik - die Richter wurden aus der Kaiserzeit unbesehen übernommen, sondern zu meiner großen Enttäuschung auch die bundesdeutsche Justiz - Richter wurden aus der Nazizeit unbesehen übernommen - auf dem rechten Auge blind war.

Damit stellt sich mir die Frage nach den Ursachen dieser Blindheit. Der Hauptgrund ist nach meiner Ansicht wohl darin zu suchen, daß sich die große Mehrzahl der Richter aus der Nazizeit vollkommen problemlos in die Justiz der Bundesrepublik integrieren konnte. Wäre hier nicht berufliche Abstinenz angezeigt gewesen? Die bundesdeutsche Öffentlichkeit hat es damals als eine Selbstverständlichkeit hingenommen, daß die Fehler der Weimarer Republik wiederholt und die Nazi - Richter nicht aus dem Justizdienst entlassen wurden. Für mich war dies ein unverzeihlicher Fehler. Bei der Übernahme von ehemaligen SED - Richtern hat man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt.

Dagegen fanden ehemalige Nazi - Richter in wichtigen Positionen unseres Staates wieder Verwendung und stiegen in der Nachkriegszeit sogar oft sehr schnell in Spitzenstellungen auf. Fest steht, daß die bundesdeutsche Justiz zum größten Teil von ehemaligen Richtern des Hitler - Regimes aufgebaut wurde. Und nach dem Motto, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, hat sie dann NS - Täter sehr oft als ehemalige Freunde behandelt. Es wurde kaum angeklagt und noch weniger verurteilt. Und im Gegensatz

zu den ehemaligen DDR - Richtern und Staatsanwälten, deren Renten gekürzt wurden, blieben die Renten der Richter und Staatsanwälte aus der Nazizeit vollkommen unangetastet. Nach meiner Ansicht sollte man sich einmal sehr ernsthaft darüber Gedanken machen, ob die Versäumnisse der damaligen Bundesregierungen, die Abrechnung mit den scheußlichen Verbrechen der Nazizeit sowie deren Helfershelfer und der Schreibtischtäter weitgehend zu unterlassen, mit einer der Gründe ist, warum bei zunehmend mehr insbesondere jungen Bundesbürgern nazistisches Gedankengut wieder hoffähig geworden ist.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß gerade das Reichsbanner es seinen in der Nazizeit umgebrachten oder schwer mißhandelten Kameraden schuldig ist, daß diese leider zum größten Teil ungesühnten Verbrechen an ihnen niemals in Vergessenheit geraten dürfen. Ich bin mir zwar darüber im Klaren, daß man jetzt keine Prozesse mehr gegen Nazi - Straftäter führen kann. Aber im Zusammenhang mit den Prozessen gegen Honecker und die Genossen sollte man wenigstens seitens der Regierung den Mut haben einzugestehen, daß damals gegen NS - Verbrecher nicht mit der gleichen Sorgfalt vorgegangen wurde.

*Hans Bonkas*

## Sorge wegen Rechtsextremismus

### Interview mit dem Vorsitzenden der SPD - Fraktion im Hessischen Landtag, Lothar Klemm

*Frage: Mit tiefer Besorgnis nimmt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Zunahme der modernen Rechtsextremisten in der BRD zur Kenntnis. Vielen, und hier insbesondere unseren älteren Mitgliedern, ist noch sehr gut in Erinnerung, daß es schon einmal Anfang der zwanziger Jahre in der damaligen Weimarer Republik auch so angefangen hat. Im Jahre 1924 wurde das Reichsbanner insbesondere auch zum Schutz gegen den Rechts- und Linksradikalismus gegründet. Aus unserer leidvollen Erfahrung mahnen wir jetzt eindringlich: Wehret den Anfängen.*

*Teilen Sie unsere Besorgnis, und was müßten Ihrer Ansicht nach die Bundesregierung und die demokratischen Parteien dagegen tun?*

Antwort Klemm: In der Tat gibt die Entwicklung der Gesellschaft berechtigten Anlaß zur Sorge. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten hat in den letzten beiden Jahren in einem Maße zugenommen, wie es wohl einer erwartet hat. Jetzt kann niemand mehr die Augen verschließen und die Gefahr übersehen. Aufgabe der Politik muß es unserer Meinung nach nun sein, den Rechtsextremisten mit einem entschlossenen Vorgehen des Staates zu begegnen. Ein entschiedenes Zurückwei-

sen von Rechtsextremismus und Gewalt ist jedoch nicht allein Aufgabe der Politik - es ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Daher müssen wir in den kommenden Wochen möglichst breite Bündnisse gegen die rechte Gewalt schaffen. Ermutigende Anfänge sind gemacht.

*Frage: Nach meiner Ansicht konnten insbesondere die rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen ihre Losungen und ihre Hetze gegen unseren Staat und die demokratischen Parteien viel zu lange und so gut wie unbehelligt verbreiten. Erst jetzt beginnt man fast ein wenig zögerlich und unter dem Eindruck, welche Folgen es für das Ansehen des demokratischen Deutschland im Ausland hat, etwas dagegen zu unternehmen. Hätte man nicht schon viel früher den Rechtsradikalen entschieden entgegentreten müssen?*

Antwort Klemm: Rechtsradikalismus ist kein neues Phänomen in der Bundesrepublik. Rechte Parteien sitzen seit einigen Jahren in hessischen Gemeinderäten. Doch in der alten Bundesrepublik waren sie eine gesellschaftlich geächtete Minderheit, die man nicht durch intensive Auseinandersetzung mit ihnen noch interessant machen durfte.

Erst in Folge der Enttäuschungen über die gebrochenen Kohlschen Versprechungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit hat sich die Situation verschärft. Die neue Bundesrepublik droht ihr soziales Gleichgewicht zu verlieren. Der Wahlerfolg der Republikaner in Berlin war ein erstes ernstes Zeichen, daß ein entschlossenes Nachdenken in unserer Gesellschaft über die Gefahr von Rechts hätte auslösen müssen. Doch was so lange

versäumt worden ist, ist in den letzten Wochen schnell nachgeholt worden. Ich denke an die vielen Konzerte, Initiativen und Lichterketten.

*Frage: Mit großer Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, daß jetzt, anders als in der Weimarer Republik, die Bürgergesellschaft selbst, also die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Selbständigen, Intellektuellen, die Kirchen und Gewerkschaften, die Sportler und die Künstler, usw. mit ihrer Lichterkettenaktion ein Zeichen gesetzt und eindeutig gegen den Rechtsradikalismus und die Ausländerfeindlichkeit Stellung bezogen haben. Hätte hier nicht die Initiative von der Bundesregierung und den demokratischen Parteien ausgehen müssen?*



*Hans Bonkas (links) im Gespräch mit Lothar Klemm (rechts).*

Antwort Klemm: Auch wir sehen die vielen Lichterketten in ganz Deutschland mit größter Genugtuung und Freude. Sie bezeugen den demokratischen Willen unserer Gesellschaft. Wir freuen uns auch, daß dies gerade von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen organisiert wird - denn die Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist schließlich eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Die Hessen-SPD hat frühzeitig Kampagnen gegen Gewalt und Rechts gestartet. Ich darf hier an die Aktionen "Toleranz statt Fremdenhaß" und "Hessen gegen Gewalt" erinnern.

*Frage: Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Nährboden für rechts- bzw. linksradikale Parteien und Parolen immer dann zunimmt, wenn eine Massenarbeitslosigkeit besteht und es der Bevölkerung wirtschaftlich sehr schlecht geht. Noch ist dies in der BRD nicht der Fall. Befürchten Sie ein Anwachsen der rechts- und linksradikalen Parteien, falls sich, wie in der Weimarer Republik, die wirtschaftliche Lage einmal drastisch verschlechtern sollte?*

Antwort Klemm: Es gibt in der Tat viele Hinweise in der Geschichte, die diese Befürchtung nahelegen. Wir sollten aus der Geschichte lernen. Deshalb muß es nun Aufgabe der Politik sein, die sozialen Probleme in unserem Land anzugehen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren auf vielen Gebieten schlichtweg versagt, Stichwort sozialer Wohnungsbau. Auch die Kohlsche Steuerlüge wirkt im Gemüt der Bürgerinnen und Bürger immer noch nach. Und das von Bundesfinanzminister Waigel vorgelegte "Föderale Konsolidierungsprogramm" ist sozial unausgewogen. Die Bundesregierung will nun zu allererst bei den Armen kürzen, bei der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe. Unsere Gesellschaft droht aufgrund der CDU / FDP - Politik in Bonn aus dem sozialen Gleichgewicht

zu geraten. Wir versuchen dem entgegenzusteuern. Schließlich versteht sich die hessische SPD als "Schutzmacht der kleinen Leute". Deshalb bemühen wir uns in der rot-grünen Koalition, dem Trend zum Sozialabbau auf Länderebene entgegenzuwirken. Hand in Hand mit den Kommunen haben wir ein sozialpolitisches Aktionsprogramm gestartet, in dessen Rahmen in dieser Legislaturperiode rund 40.000 sozial gebundene Wohnun-

gen geschaffen werden. Auch wird es in drei Jahren 20.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geben. Und um Langzeitarbeitslosen eine neue Perspektive zu geben, haben wir ein Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" gestartet.

Eine sozial ausgewogene Politik, wie sie die SPD in Hessen betreibt, ist der beste Schutz vor einem weiteren Anstieg des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Doch leider können wir nicht alles ausgleichen, was in Bonn falschgemacht wird.

*Frage: Nach meiner Ansicht tragen leider auch die demokratischen Parteien ein Teil der Mitschuld am Erstarken des Rechtsradikalismus. Das Bild, das sie zur Zeit in der Öffentlichkeit zeigen, trägt sicherlich nicht dazu bei, bei der Bevölkerung Vertrauen zu erwecken. Sie beschäftigen sich teilweise mehr mit sich selbst und wie man auf Kosten der anderen demokratischen Parteien sich selbst in das rechte Licht setzen kann, anstatt gemeinsam die Herausforderung des Rechtsradikalismus entschieden zu bekämpfen. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Worte des verstorbenen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer vor einer Bundestagswahl: "Wenn*

*Sie schon nicht der SPD Ihre Stimme geben, dann wählen Sie bitte eine demokratische Partei und keine rechts- bzw. linksradikale Partei''.*

*Sollten nicht alle demokratischen Parteien in diesem Sinne künftig handeln?*

Antwort Klemm: Über alle politischen Streitigkeiten hinweg brauchen wir einen Konsens der Demokraten, daß in unserer Gemeinschaft Haß, Terror und Gewalt zu ächten sei. Daher darf es auf keiner Ebene zu Bündnissen mit rechten Parteien kommen.

*Frage: Nach dem Kausalitätsprinzip, daß jede Wirkung ihre Ursache hat, hat sicherlich auch das Anwachsen des Rechtsradikalismus seine Ursache. Ich vertrete die Ansicht, daß die damaligen Versäumnisse der Regierungen unter Adenauer, die abscheulichen und entsetzlichen Verbrechen der Naziverbrecher, insbesondere in den Schulen den jungen Menschen aufzuzeigen, und die Abrechnung mit den vielen Helfershelfern und Schreibtischtätern dieser Diktatur weitgehend unterblieben ist, einer der Gründe ist, warum bei zunehmend mehr Bundesbürgern, und hier besonders bei den jungen Menschen, nationalsozialistisches Gedankengut wieder hoffähig geworden ist. Es war doch nicht zu verstehen, daß der damalige Ministerpräsident von Baden - Württemberg, Filbinger, ohne auf besonders großen Widerspruch zu stoßen, erklären konnte: "Was in der Nazizeit Recht war, kann heute kein Unrecht sein". Hätte Honecker so etwas erklärt, welch ein Aufschrei in der Presse. Dazu kommt, daß der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 7.12.1956 die Abrechnung mit den ehemaligen Nazirichtern untersagt hat. Welch ein Aufschrei, wenn der BGH die Abrechnung mit ehemaligen DDR - Richtern untersagt hätte.*

*Teilen Sie diese Ansicht, und wäre es nicht angebracht, gerade jetzt in den Schulen die entsetzlichen Verbrechen der Nazis aufzuzeigen, um den jungen Menschen zu zeigen, wohin der Rechtsradikalismus Deutschland schon einmal geführt hat? Das Reichsbanner wäre sicherlich bereit, bei der Aufklärung der jungen Menschen mitzuwirken.*

Antwort Klemm: Wenn man heute die rechtsextremistische Szene beobachtet, muß man leider feststellen, daß sehr viele Jugendliche an den Krawallen beteiligt sind. Doch darüber dürfen wir nicht vergessen: Sehr viel mehr Jugendliche sind zu den Konzerten gegen Rechts gegangen oder haben sich in die Lichterketten gegen Gewalt eingereiht. Auch Jugendstudien belegen: Die überwiegende Zahl junger Menschen lehnt Gewalt ab. Das stimmt mich zuversichtlich. Dennoch sollten wir die Hände nicht in den Schoß legen. Wir wollen den Rechtsradikalismus auch mit politischen Mitteln bekämpfen.

Daher erhält die Landeszentrale für politische Bildung im 1993er Haushalt zusätzliche Mittel für ihre Gedenkstättenarbeit - und auch die Haushaltsansätze für Seminare, die sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen, sind erheblich aufgestockt worden.

*(Das Interview führte Kamerad Hans Bonkas).*

## Reichsbanner intern

### Auszeichnung für Alfred Körner

Unserem Bundesehrenvorsitzenden, Alfred Körner, wurde am 30. Januar in der Paulskirche in Frankfurt am Main im Rahmen einer Mahn- und Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Beginns der Nazi - Diktatur die Johanna - Kirchner - Medaille verliehen. Die Verleihung erfolgte in Anerkennung seines tapferen Eintretens für Menschlichkeit und Freiheit während der Nazi - Diktatur. Mit dieser Medaille werden Frauen und Männer des Widerstandes von der Stadt Frankfurt am Main geehrt.

K.H.J.

### Aus der Arbeit des Ortsverein Frankfurt am Main

Die Jahresabschlussfeier am 28.11.1992 mit Jubilarehrung war ein würdevoller Abschluß des Jahres 1992 und fand auch in der Presse ein gutes Echo. Die Veranstaltung wurde umrahmt von Musik, Rezitationen und der Reichsbanner - Fahne. Die Veranstaltung fand in einem von Maria Jülg festlich geschmückten Raum des Bürgerhauses Bornheim statt.

Die Ehrungen mit Überreichung der Ehrenurkunde und der Reichsbanner - Nadel wurden vom Landesvorsitzenden Manfred Fischer vorgenommen. Geehrt für langjährige Mitgliedschaft wurden die Kameradin Dorothea Engel und die Kameraden Dr. Burkhard Bösch, Karl-Heinz Jungmann, Kurt Kelly, Werner Röhre, Rudolf Vohmann und Helmut Corterier.

Für 1993 sind folgende Veranstaltungen geplant:

Am Samstag, dem 13. März 1993 ab 15 Uhr findet unsere Jahresmitgliederversammlung im Bürgerhaus Bornheim statt. Sie ist verbunden mit Berichten, der Neuwahl des Vorstandes und der Wahl der Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz am 8.5.1993. Hier werden die Weichen für unsere Arbeit der nächsten zwei Jahre gestellt. In dieser Zeit der skandalösen Auftritte der Neonazis ist unser Reichsbanner mehr denn je gefordert. Deshalb sollten alle zu unserer Mitgliederversammlung kommen.

Am Samstag, dem 8. Mai 1993, 10 Uhr, findet in unserem Reichsbannerraum im Parkhaus Konstabler Wache unsere Landesdelegiertenversammlung statt. Neuwahl des Vorstandes und Planung der nächsten Veranstaltungen stehen auf der Tagesordnung.

Im April - Mai findet ein Forum unter dem Leitmotiv "Kampf den Feinden der Demokratie" statt. Schirmherr dieses wichtigen Forums ist der Landtagspräsident Karl Starzacher. Er stellt uns dafür das Plenum des Landtags zur Verfügung. Einladung erfolgt rechtzeitig.

Am Samstag, dem 19. Juni 1993, 15 Uhr, Bürgerhaus Bornheim, Raum 1 wird die Bundestagsabgeordnete

Gudrun Schaich - Walch (SPD) über alle Fragen der Altersversorgung und über die neuesten sozialen Gesetzesvorhaben des Bundestags sprechen.

Am Freitag, dem 13. August 1993, werden wir, wie jedes Jahr, eine abwechslungsreiche Busfahrt unternehmen. Die letztjährige führte uns an die Mosel bis Trier. Da diese Fahrten immer schnell ausgebucht sind, ist es zweckmäßig, sich nach Erhalt der Einladung sofort anzumelden.

Am Samstag, dem 23., Oktober 1993, 15 Uhr im Bürgerhaus Bornheim, eine öffentliche Veranstaltung mit aktuellem Thema.

Am Samstag, dem 20. November 1993, wieder unsere beliebte Jahresabschlußfeier im Bürgerhaus Bornheim.

Zusätzlich zu den genannten Veranstaltungen erfolgen noch die Teilnahme an der Gedenkstunde für die Opfer des 20. Juli 1944 und die Trauerfeier in der Paulskirche zum Volkstrauertag.

*Alfred Körner*

## Bücher, Bücher ...

### Rainer Fromm: Rechtsextremismus in Thüringen

Rainer Fromm, freier Journalist und ein intimer Kenner des rechtsextremen Netzwerks, hat in einer Broschüre der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen aufgelistet, welche rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien sich seit der Wende 1989 in Thüringen betätigen.

Organisationen, die schon in der alten Bundesrepublik ohne Pause für ihren (Alp-)Traum vom Führerstaat gekämpft haben und der Demokratie feindlich gegenüberstehen, haben mit der Wiedervereinigung ein neues Agitationsfeld entdeckt. Viele Vertreter dieser Gruppierungen reisen in die neuen Bundesländer, um den rechtsextremen Geist dort hoffähig zu machen.

In seiner Untersuchung zur Verbreitung rechtsextremistischer Gruppierungen gelangt Rainer Fromm zur Feststellung, daß brutale Angriffe kein gesellschaftliches Randgruppenproblem darstellen. "Sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Angriffe, wie beispielsweise 1991 von Mitgliedern der Republikaner gegen ein Ferienwohnheim der strahlenkranken Tschernobyl - Kinder in Zittau, sind selten. Dagegen tragen "Republikaner oder die NPD maßgeblich zu einem ausländerfeindlichen Klima bei", schreibt das Bundeskriminalamt (BKA).

Rainer Fromm stellt fest: "Wo immer Angriffe gegen Flüchtlings- oder Ausländerwohnheime über einen längeren Zeitraum stattfinden, kommen Rechtsextremisten und heizen die Stimmung mit Flugblättern an".

Für Thüringen hat der Autor einmal eine Liste erstellt, die schon auszugsweise die ganze Problematik des rechtsextremen Terrors verdeutlicht:

26.5.1991: Ein Skinhead greift an der B7 zwischen Weimar und Erfurt einen Sowjetbürger an und attackiert ihn mit Reizgas. Anschließend schlägt er noch zweimal mit einem Baseballschläger zu, so daß das Opfer eine offene Schädelfraktur erleidet und ins Koma fällt.

24.9.1991: In Kranichfeld werfen zwei Unbekannte zwei Molotowcocktails in das Flüchtlingswohnheim.

1.10.1991: 25 Unbekannte überfallen vier Asylbewerber und schlagen sie.

19.8.1992: Zwei Unbekannte sprechen in einer Erfurter Gaststätte zwei algerische Staatsangehörige an und erklären ihnen, daß sie in Deutschland nichts zu suchen haben. Danach schlagen die Täter mit der Faust sowie mit einem Stuhl auf die Geschädigten ein.

Thüringen steht in der traurigen Bilanz von Straftaten gegen Ausländer in Relation zur ausländischen Wohnbevölkerung sehr weit oben.

In der Untersuchung beschäftigt sich Rainer Fromm dann ausführlich mit den Aktivitäten und politischen Inhalten folgender rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, die sich bereits in Thüringen tummeln:

Aktion freies Deutschland (AfD), Deutsch Nationale Partei (DNP), Deutsche Alternative (DA), Deutsche Volksunion (DVU), Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Nationale Offensive (NO), Nationalistische Front (NF), Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NS-DAP / AO), Republikaner, Wiking - Jugend (WJ) und den Skinheads Thüringen.

Unter anderem gelingt es Rainer Fromm anhand von Interviews des verquere Weltbild jener Pseudoführer von Rechts bloßzulegen.

Die Broschüre ist über die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Steinplatz, O - 5025 Erfurt, zu beziehen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß vor dem Erfurter Gewerkschaftshaus ein Mahnmal gegen den rechtsextremistischen Terror und zum Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt Ende Januar enthüllt wurde.

*A. Matwejew*

#### ☛ ACHTUNG:

Ab 1. Juli 1993 gelten die fünfstelligen neuen Postleitzahlen. Damit diese Zeitung auch künftig rechtzeitig zugestellt wird, bitten wir alle Bezieherinnen und Bezieher, uns die für sie zutreffende neue Postleitzahl schriftlich (siehe Anschrift im Impressum letzte Seite) bis 15. Juni 1993 mitzuteilen.

# Nachrichten, Namen, Notizen

## DGB und Zentralrat der Juden gegen Antisemitismus und wachsende Gewaltakzeptanz in unserer Gesellschaft

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, und der Geschäftsführende Bundesvorstand sowie die Landesbezirksvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), haben in Düsseldorf ausführlich über den neu erwachten Antisemitismus, über Fremdenfeindlichkeit und die anwachsende Gewalt in Deutschland gesprochen.

Der DGB und der Zentralrat der Juden sehen mit Besorgnis das Anwachsen von Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung in Deutschland. Sie gefährdet den inneren Frieden, schafft Unsicherheit und fördert diejenigen, die in autoritären Lösungen Auswege aus der Krise suchen.

DGB und Zentralrat der Juden verurteilen jegliche Form des Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

Das in der Menschheitsgeschichte einmalige Verbrechen am jüdischen Volk verpflichtet die heutige sowie künftige Generationen der Deutschen, jeglicher Form des Antisemitismus entgegenzutreten und die Erinnerung daran wach zu halten, was von einem verbrecherischen Regime im Namen und mit Zustimmung und Duldung der Mehrheit des deutschen Volkes geschah.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften rufen daher alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre betrieblichen Interessenvertreter

dazu auf, sich dem Antisemitismus, der Fremdenfeindlichkeit und der zunehmenden Gewaltbereitschaft zu widersetzen.

Der DGB ruft besonders die an Schulen und Erziehungseinrichtungen tätigen Kolleginnen und Kollegen auf, jungen Menschen die notwendige Hilfe und Orientierung zu geben, um dem Antisemitismus zu widerstehen und sie zu ermuntern, das jüdische Leben und die Geschichte und die Leistungen der Juden für Deutschland kennenzulernen.

Nach dem 2. Weltkrieg sind Menschen jüdischen Glaubens trotz früherer Verfolgungen nach Deutschland zurückgekehrt. Sie setzten damit ein unübersehbares Zeichen der Hoffnung in das demokratische Gemeinwesen, das nach 1945 aus den Trümmern entstand.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die jüdischen Gemeinden haben in der Vergangenheit dort die Zusammenarbeit gesucht, wo es galt, an die Verbrechen der Nazidiktatur zu erinnern und neuem Antisemitismus entgegenzutreten.

Diese Zusammenarbeit wollen der DGB und der Zentralrat der Juden erweitern. Wir wollen die Kenntnis junger Gewerkschafter über das jüdische Leben in Deutschland vertiefen, wir wollen in der Bildungsarbeit, in der Begegnung vor Ort neue Kontakte knüpfen.

Wir streiten gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz, Mitmenschlichkeit und Menschenwürde.

Die Demokratie in Deutschland wird nur dann auf Dauer gefestigt sein, wenn Juden in diesem Lande weiterhin eine Zukunft haben.

*Karl - Heinz Jungmann*

Das Reichsbanner  
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Erscheint seit 1924  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

“Das Reichsbanner” ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

“Das Reichsbanner” erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Alexander Matwejew (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je.

Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein